



**LINKER  
EXTREMISMUS**  
*in Brandenburg*



# BLAUER FRITZ

Der *Blauer Fritz* ist die Zeitung der AfD-Fraktion Brandenburg. Sie ist unser regelmäßig erscheinendes Informationsblatt und hält Sie stets gut informiert.

Seit Oktober 2021 gewährt der *Blauer Fritz* besondere Einblicke in die politische Arbeit unserer Fraktion im Potsdamer Landtag. Unsere Abgeordneten berichten in ihren Artikeln über Wissenswertes zu aktuellen Themen und ihren Fachbereichen sowie über Bemerkenswertes aus dem Parlament.

Lernen Sie unsere Arbeit aus erster Hand kennen und lesen Sie den *Blauen Fritz*!

**Kostenfrei zu beziehen über**

**[www.afd-fraktion-brandenburg.de/informationen/der-blaue-fritz/](http://www.afd-fraktion-brandenburg.de/informationen/der-blaue-fritz/)**

# INHALTSVERZEICHNIS

<b>Vorwort</b> .....	02
<b>Mitglieder des Arbeitskreises</b> .....	04
<b>Linksextremismus – eine totgeschwiegene Gefahr</b> .....	06
Was ist Linksextremismus? .....	10
Welche Gefahr geht in Brandenburg von Linksextremisten aus?.....	14
Linke Hotspots in Brandenburg.....	17
<b>Warum schweigen Regierungsvertreter und Behörden?</b> .....	18
Filzokratie von Staat und Staatsfeinden .....	22
Staatlich gezüchtete Kriminalität.....	26
<b>Kampf der AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg gegen Linksextremismus</b> .....	28
<b>Auswahl unserer parlamentarischen Initiativen</b> .....	37
<b>Endnoten &amp; Bildnachweise</b> .....	38





**LENA KOTRÉ**  
INNENPOLITISCHE SPRECHERIN

## VORWORT

Der Linksextremismus ist die größte Bedrohung für unsere Demokratie und Gesellschaft, ganz besonders in Brandenburg. Allein in unserer märkischen Heimat hat sich die Zahl der linken Kriminalität seit der Jahrtausendwende mehr als verfünffacht. Linke Gewalt richtet sich gegen Staatsbeamte, vor allem Polizisten, aber auch Andersdenkende, die von Linksextremisten als vermeintliche Nazis, Faschisten oder Verschwörungstheoretiker markiert und angegriffen werden. Brennende Autos, eingeschlagene Fenster und körperliche Angriffe in der Öffentlichkeit sind in Deutschland längst keine Seltenheit mehr.

Umso besorgniserregender ist die Tatsache, dass bei der Aufklärung über und Verfolgung von linksextremistischen Straftaten, Akteuren und Organisationen die etablierte Politik nicht bloß schläft, sondern mittlerweile willentlich mit den Extremisten paktiert. Verborgен hinter Floskeln wie „Toleranz und Vielfalt“ werden linksextremistische Netzwerke nicht bloß gedeckt und geduldet, sondern staatlich alimentiert und aufgebaut. Das Ergebnis ist ein deutlicher

Anstieg linker Kriminalität, die Verengung des Meinungskorridors und eine Zunahme gesellschaftlicher Polarisierung.

Um die parlamentarischen Möglichkeiten zur Aufklärung besser koordinieren zu können, haben wir als AfD-Fraktion die Arbeitsgruppe Linksextremismus (AG Lex) im Arbeitskreis Inneres, Recht und Kommunales gegründet. In der vorliegenden Broschüre wollen wir einen Einblick in den Themenbereich des Linksextremismus in Brandenburg geben und über die Gefahren, Entwicklungen, Hintergründe, politischen Verstrickungen der etablierten Parteien, unsere bisherigen parlamentarischen Initiativen und zukünftigen Tätigkeitsfelder informieren. Als AfD-Fraktion haben wir unzählige Anfragen und parlamentarische Initiativen gestellt, um im Rahmen des antiextremistischen Grundkonsenses auch und insbesondere die Gefahr des so oft verharmlosten Linksextremismus als Problem bewusst zu machen.

Besonders im Brandenburger Landtag ist dies geboten, denn die Nähe von Abgeordneten zum linksextremistischen Milieu ist offenkundig. So ist zum Beispiel eine Abgeordnete der Linkspartei in extre-

mistisch eingestuften Organisationen Mitglied, die sogar hätten bundesweit verboten werden müssen. Eine andere Abgeordnete der Linken bedankt sich regelmäßig in Plenar- und Innenausschusssitzungen für die „Arbeit“ der linksextremistischen sogenannten Antifa und eine Abgeordnete der Grünen nahm an strafbaren Aktionen des linksextremistischen Bündnisses „Ende Gelände“ teil, welche lapidar als „ziviler Ungehorsam“ abgetan werden.

Diese Verharmlosungen ändern an dem innewohnenden Extremismus und der gegebenen Strafbarekeit nichts, sie zeugen jedoch vom Verhältnis der Landesregierung zur extremistischen Linken, welche mit dem sogenannten Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ einen regelrechten linken Filz gezüchtet hat, in welchem eine Vielzahl von Linksextremisten aktiv tätig sind.

Wir möchten mit der vorliegenden Broschüre auf bestehende Missstände aufmerksam machen und dazu anregen, die zitierten Materialien und Quellen aufmerksam nachzulesen, um sich ein genaues Bild von der ernstesten Situation zu machen und vielleicht ein eigenes politisches Engagement zu begründen.



**MITGLIEDER DES  
ARBEITSKREISES**



### Lena Kotré

Die staatliche Finanzierung des Linksextremismus ist ein eindeutiges Zeichen für den Zerfall des Rechtsstaates und einer Demokratie unwürdig. Wenn die Altparteien den Extremisten diese Unterstützung weiterhin gewähren, machen sie sich zum Handlanger von Straftätern.

Der schleichende Linkstrend in der Gesellschaft hat die Gefahr des Linksextremismus deutlich vergrößert. Linker Terror wird regelmäßig verharmlost. Wer glaubt, er müsse mit Gewalt seine eigenen politischen Bestrebungen umsetzen, zeigt sein wahres, antidemokratisches Gesicht.



### Michael Hanko

Antifaschismus meint heutzutage fast ausnahmslos die Ausschaltung des Gegners und die Erweiterung der Faschismusdefinition um jeden, der anders denkt. Wir brauchen einen Bewusstseinswandel in Bezug auf linksextreme Strukturen und deren realen Gewaltfisch.

Linksextremismus wird in Deutschland staatlich mit Millionen Steuergeldern jährlich gefördert und unter dem Label „Kampf gegen Rechts“ nicht nur propagandistisch verharmlost, sondern entgegen dem Neutralitätsgebot staatlicher Stellen als undemokratisches Instrument gezielt eingesetzt.



### Lars Schieske

Linksextremismus wird von allen Altparteien ausgeblendet. Immer wieder kommt es zu Ausschreitungen, bei denen Menschen angegriffen und verletzt werden, ohne dass es einen medial wahrnehmbaren Aufschrei der Altparteien gibt. Wir stellen uns gegen jede Art des Extremismus.



### Daniel Freiherr von Lützow

Die von Linksextremisten ausgehende und zunehmende Straßengewalt und Kriminalität in unserem Land sind keine natürlichen Ereignisse, mit denen man sich abfinden muss. Sie sind vom Altparteien-Kartell künstlich geschaffen worden und müssen entschieden und wirksam bekämpft werden.

In Brandenburg ist es den Linksextremisten durch die Zuarbeit der Regierung, vor allem durch die Schaffung des Netzwerkes „Tolerantes Brandenburg“, gelungen, ein Versorgungssumpf mit nicht versiegender Geldquelle aufzubauen!



### Wilko Möller

Der Linksextremismus wurde von den Systemparteien, insbesondere von SPD, Grünen und Linken mit Duldung der CDU, als Sturmtruppe gegen Andersdenkende (über eine Milliarde Euro im „Kampf gegen Rechts“) fortentwickelt. Die Nähe dieser Parteien zum Linksextremismus ist klar erkennbar.

Der Linksextremismus ist eine ernstzunehmende Gefahr für unsere Gesellschaft, die durch die staatliche Finanzierung von „gemeinnützigen“ Vereinen geschürt wird. Das „Neutralitätsgebot“ staatlicher Stellen muss wieder durchgesetzt werden.

**AfD** | FRAKTION IM LANDTAG  
**BRANDENBURG**

Alter Markt 1 · 14467 Potsdam · 0331 966 1881  
info@afd-fraktion.brandenburg.de

[WWW.AFD-FRAKTION-BRANDENBURG.DE](http://WWW.AFD-FRAKTION-BRANDENBURG.DE)

A blue-tinted photograph of a person walking past a damaged car in a smoky, post-apocalyptic setting. The person is in silhouette, walking from right to left. The car is heavily damaged and surrounded by smoke and debris. The overall atmosphere is one of destruction and danger.

# **LINKSEXTREMISMUS –** EINE TOTGESCHWIEGENE GEFAHR



„Linksextremismus ist ein aufgebauschtes Problem“, verkündete im Jahr 2014 die damalige Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) und stellte in ihrer Funktion als Ministerin ein von ihrer Vorgängerin Kristina Schröder (CDU) eingeführtes Programm gegen Links ein.<sup>1</sup>

Nach den überaus heftigen Ausschreitungen von Linksextremisten während des G20-Gipfels 2017 in Hamburg wurde linksmotivierte Gewalt in Deutschland in den Medien wieder stärker thematisiert. Unionspolitiker forderten reflexartig Projekte gegen Linksextremismus. Aber seither sind keine nennenswerten Projekte von der Bundesregierung initiiert oder beworben worden. Hierbei handelt es sich um skandalöses Politikversagen der herrschenden etablierten Parteien im Bund.

Lediglich in Sachsen gründete sich Ende des Jahres 2019 eine Sonderkommission „LinX“ gegen den immer stärker werdenden Linksextremismus in Leipzig.<sup>2</sup> Die sächsische Regierung konnte die vielen Straftaten wie Brandanschläge und Sachbeschädigungen in Millionenhöhe sowie Gewalttaten gegen

über Andersdenkenden und Ordnungshütern nicht mehr verschweigen.

In Berlin protegieren und verharmlosen Politiker der etablierten Parteien wie Bündnis 90/Die Grünen oder DIE LINKE Gewalttaten von Linksextremisten, welche im Zuge von Demonstrationen, insbesondere bei den alljährlichen Mai-Demonstrationen, begangen werden. Autonome und Hausbesetzer werden nicht als außerhalb unserer Rechtsordnung stehende Personen benannt, sondern als politische Aktivisten.<sup>3</sup> Dabei wird verschwiegen, dass die Gewalttäter mit Steinwürfen auf Polizisten, dem Niederbrennen von Autos und der Bedrohung von Anwohnern den Rechtsstaat in seinen Grundfesten angreifen. Auch im Zuge sogenannter „Black Lives Matter“-Demos plünderten Linksextremisten ganze Straßenzüge in Berlin-Neukölln. Der Aufschrei in den Medien unterblieb.<sup>4</sup> Denn der Zweck heiligt bekanntlich die Mittel.

Aber nicht nur in Großstädten wie Berlin, Hamburg und Leipzig herrschen mittlerweile bedrohliche Zustände durch organisierte linke Kriminalität.

Deutschlandweit nimmt linke Kriminalität, insbesondere in Form von Gewalt, seit Jahren stetig zu. Nach Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz stieg die Anzahl linkspolitisch motivierter Straftaten 2019 innerhalb eines Jahres um 40 Prozent. Ob dabei alle linken Straftaten tatsächlich korrekt erfasst wurden, darf mit Blick auf die politische Einflussnahme auf Sicherheits- und Justizbehörden bezweifelt werden.<sup>5</sup>

Mitarbeiter des Bundeskriminalamtes gehen sogar inzwischen von einem ernstzunehmenden linksterroristischen Gefahrenpotential in Deutschland aus. Die potentiellen Täter würden nach der Lageeinschätzung der Beamten selbst Mord und Totschlag in Kauf nehmen.<sup>6</sup>

Die Hemmschwelle für Kapitaldelikte schwindet im linken Milieu. So verwundert es auch nicht, dass erst letztes Jahr in Stuttgart während einer Demonstration gegen die überzogenen Coronamaßnahmen der Regierung

neun verummte Linksextremisten ein Mitglied einer Gewerkschaft lebensgefährlich zusammenschlugen und sogar mit einer Schreckschusswaffe beschossen. In diesem Zusammenhang wurde lediglich gegen drei mögliche Täter ermittelt.<sup>7</sup> Gewalt gegen den selbst definierten politischen Gegner, seien es „Bullenschweine“ oder „Nazis“, ist für Linksextremisten ein legitimes Mittel. Das ist innerhalb der linksextremen Szene ein gruppenübergreifender Konsens, wird also von Anarchisten, Autonomen, Kommunisten sowie selbsternannten Antifaschisten akzeptiert und zum Teil sogar offensiv gefordert. Es ist daher äußerst erschreckend, dass Spitzenpolitiker wie Saskia Esken (SPD-Bundvorsitzende)<sup>8</sup>, Franziska „Ska“ Keller (Bündnis 90/Die Grünen, Spitzenkandidatin für die Wahl des Europaparlaments 2019)<sup>9</sup> oder Martina Renner (DIE LINKE, Mitglied des Bundestags) öffentlich für die „Antifa“<sup>10</sup>, als begrifflicher Überbau sämtlicher links-

**Gewalt gegen den selbst definierten politischen Gegner ist für Linksextremisten ein legitimes Mittel.**

extremer Gruppierungen, werben. Renate Künast (Bündnis 90/Die Grünen) forderte sogar im Bundestag unverblümt mehr finanzielle Unterstützung für Antifa-Gruppen.<sup>11</sup>

Dabei bekommen linke, ja sogar linksextreme Gruppen häufig schon kräftige Finanzspritzen von der öffentlichen Hand. Auf einer Veranstaltung der Linkspartei hieß es dazu: „Staatsknete aus dem Parlament abgreifen, Informationen aus dem Staatsapparat abgreifen, der Bewegung zuspiesen [...]“ (Tim Fürup, DIE LINKE). Es spreche also, so der Parteifunktionär Fürup weiter, nichts gegen eine staatlich finanzierte und kontrollierte Antifa.<sup>12</sup>

Auf derselben Veranstaltung der LINKEN wurde die Forderung erhoben, das „eine Prozent der Reichen“ zu erschießen und Teile der Bevölkerung zu enteignen. Auch wenn die Führung der LINKEN danach betonte, dass man die Gesellschaft friedlich verändern wolle, stellt sich mit Blick auf die Gewaltexzesse der Antifa die Frage, ob die staatlichen Subventionierungen die Eskalation nicht geradezu herausfordern. Denn die Antifa weiß, dass sie sich auf ihre Helfershelfer verlassen kann.<sup>13</sup>



*Linksextremisten zeigen stolz ihre Staatsfeindlichkeit.*

# WAS IST LINKSEXTREMISMUS?

## BEGRIFFSBESTIMMUNG

Als politischen Extremismus bezeichnet man grundsätzlich Einstellungen und Aktivitäten, die auf die Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung abzielen. Linksextremismus ist daher ein von linker Ideologie geprägter Extremismus, der häufig die herrschende Staats- und Gesellschaftsform abschaffen und den Rechtsstaat, insbesondere das Gewaltmonopol des Staates, beseitigen will.<sup>14</sup>

Die Ausrichtung linksextremistischer Ideologien kann man grundsätzlich in zwei Kategorien klassifizieren; den kollektivistischen Anarchismus und den Kommunismus nach Karl Marx. Beide wollen eine herrschaftsfreie Gesellschaft errichten. Im Unterschied zu den Kommunisten sind Anarchisten grundsätzlich gegen jede Form von Herrschaft. Es werden dabei sowohl autoritäre Regime als auch demokratische Staaten abgelehnt, da diese dem Ziel der „menschlichen Freiheit“ entgegenstünden.<sup>15</sup>



*Hammer und Sichel verdecken das Gesicht dieses Linksextremisten – ein Symbol, das für Millionen Ermordete steht.*

Kommunisten führen ihren Kampf vorrangig gegen den Kapitalismus. Ein bürgerlicher Staat, welcher als Instrument wirtschaftlicher Interessen des Kapitalismus diene, muss nach kommunistischer Weltanschauung durch eine Revolution abgeschafft werden. Ein neuer sozialistischer Staat unter Führung einer kommunistischen Partei sei vorerst notwendig, um politische Gegner des Systems zu unterdrücken und die Bevölkerung durch Umerziehung für eine herrschaftslose und klassenfreie Gesellschaft vorzubereiten.<sup>16</sup>

## **HISTORISCHE ENTWICKLUNG**

Die Anfänge des Linksextremismus in Deutschland liegen in der Gründungszeit der Kommunistischen Partei Deutschland (KPD) 1919.<sup>17</sup> Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gründete sich die KPD mit Unterstützung der Sowjetunion im Juni 1945 neu und wurde in der Sowjetischen Besatzungszone mit der SPD zur SED vereint.<sup>18</sup> 1956 verbot das Bundes-

verfassungsgericht die KPD in Westdeutschland.<sup>19</sup> 1968 gründete sich in der Folge die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) und wurde die größte linksextremistische Organisation.<sup>20</sup>

Im Zuge der sogenannten 68er- und Studentenbewegung schlossen sich mehrere gewaltbereite Linksextremisten unter Führung von Andreas Baader und Ulrike Meinhof zu der linksterroristischen Vereinigung „Rote Armee Fraktion“ (RAF) zusammen. Die Terroristen wirkten in drei verschiedenen Generationen in den 70er- bis 90er-Jahren. Ihr Vorgehen zeichnete sich durch Banküberfälle, Geiselnahmen und Sprengstoffattentate aus. Die RAF-Terrorzeit forderte 34 Menschenleben und hunderte Verletzte.<sup>21</sup>

In den 1990er-Jahren blühten linksextreme Antifa-Gruppierungen in der Hausbesetzerszene auf und fanden dort ihre Rückzugsgebiete. Durch die Zunahme von rot-grünen, rot-roten und rot-rot-grünen Regierungen schafften es die Linksextremisten, immer mehr Geld aus öffentlichen Kassen für ihre „Projekte“ zu generieren. Dies verstärkte sich in den 2000er-Jahren nochmals und hat gegenwärtig



*Ein Antifa-Aufkleber in Potsdam, der Hinrichtungen fordert – wer hier „Nazi“ ist, definieren die Linksextremisten natürlich selbst.*

seinen vorläufigen Höhepunkt erreicht, da die Ideologie der 68er-Bewegung im Staatsapparat unwidersprochen den Ton angibt.<sup>22</sup>

Dadurch hat sich über Jahre eine linksideologisierte Meinungseinheit in Politik und Medien verfestigt und linksextreme Einstellungen und Zielsetzungen gehören mittlerweile zu den Forderungen der etablierten Parteien (beispielsweise „offene Grenzen“ und ein „Bleiberecht“ für Jedermann als erodierende Maßnahmen zur Abschaffung des Rechtsstaats).

Durch die Vielzahl von politischen Entscheidungsträgern in Bund und Ländern, die mit linksextremistischen Ideen und Akteuren sympathisieren, fließen mittlerweile jährlich hohe Millionenbeträge in linksextremistische Vereine und Gruppen. Häufig sind diese Förderungen getarnt unter dem Deckmantel der „Demokratieförderung“ oder dem „Kampf gegen Rechts“.<sup>23</sup> Aktuell gibt es mehrere Antifa-Gruppierungen, welche in der Regel dezentral und heterogen agieren.

**Politische Entscheidungsträger sorgen dafür, dass jährlich Millionenbeträge in linksextremistische Vereine und Gruppen fließen.**

Auf Internetportalen wie „indymedia.org“ oder „infortiot.de“ vernetzen sie sich, teilen Informationen und planen „Aktionen“. Nicht selten werden dort auch Daten von politischen Gegnern veröffentlicht, um diese zu Zielobjekten der linksextremistischen Szene zu machen. Dabei wird häufig offen zu Gewalt gegen Einzelpersonen aufgerufen.<sup>24</sup>

All das ist Grund zur Sorge. Ein Blick in die Vereinigten Staaten zeigt, zu welchen Gewaltexzessen linke Gruppen, wenn sie nur entsprechende Rückendeckung durch die Medien und eine ausreichende Finanzbasis haben, in der Lage sind. Dort gab es erst 2020 im Rahmen von vorgeblich „antirassistischen Protesten“ in zahlreichen Städten bürgerkriegsähnliche Zustände mit Plünderungen, Schwerverletzten und Toten.<sup>25</sup>

## WELCHE GEFAHR GEHT IN BRANDENBURG VON LINKSEXTREMISTEN AUS?

Zwischen 2013 und 2019 wurden allein in Brandenburg über 2.000 Straftaten im Phänomenbereich „Politisch motivierte Kriminalität – links“ (PMK-links) registriert. 200 davon waren Gewaltdelikte.<sup>26</sup> Erschreckenderweise kam es bei all diesen erfassten Straftaten nur zu 29 Verurteilungen. Selbst bei schwerer Körperverletzung erhielten die Angeklagten nicht



**Weit über 2.000 linke Straftaten in 7 Jahren!**

mehr als eine Freiheitsstrafe von zwei Jahren – und das auch noch auf Bewährung! Das heißt, die Täter sind immer noch auf freiem Fuß.<sup>27</sup>

Vor dem Hintergrund, dass gerade einmal ein

Prozent aller in dem Zeitraum erfassten linken Straftaten juristische Konsequenzen nach sich gezogen haben, stellt sich die Frage, ob die Strafverfolgung im Phänomenbereich PMK-links überhaupt ernst genommen wird. Lediglich im Jahr 2015 lag die Aufklärungsquote bei diesen Straftaten knapp über 50 Prozent. Im Gegensatz dazu lag sie in den Jahren 2017 und 2019 sogar unter 30 Prozent. Da jedoch auch mit einer großen Dunkelziffer linksextremistischer Straftaten zu rechnen ist, werden linke Straftaten wohl allgemein wesentlich schlechter aufgeklärt als etwa solche aus dem Phänomenbereich Rechts.<sup>28</sup>

Die linksextremistische Szene ist im Land Brandenburg in Potsdam am stärksten vertreten und vor allem im Stadtteil Babelsberg präsent. Aber auch in anderen Stadtteilen hat die linksextremistische Szene Rückzugsorte.<sup>29</sup> Sogenannte Szenetreffpunkte wie das „freiLand“ werden unverdächtig als „Kulturzent-



ren“ bezeichnet. Dabei ist gerade das „freiLand“ ein Antifa-Anlaufpunkt, wo Veranstaltungen wie Konzerte und Vortragsabende, Demonstrationsvorbereitungen und Kampftrainings durchgeführt werden.<sup>30</sup> Ebenso ist die linke Kaderschmiede „Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken“ auf dem Gelände mit einer Geschäftsstelle vertreten.<sup>31</sup>

Ferner ist Subkultur ein bindendes Element innerhalb der linksextremen Gruppen. Dabei spielt nicht nur gewaltverherrlichende Musik eine große Rolle, sondern auch das gemeinsame Erleben, beispielsweise beim Fußball.<sup>32</sup> So ist etwa die Fanszene des Vereins SV Babelsberg 03 dafür bekannt, Anhänger auch im linksextremen Milieu zu haben.<sup>33</sup>

In den Städten Cottbus und Finsterwalde organisiert sich die örtliche Antifa auf ähnliche Weise wie in Potsdam. Sogenannte Jugendzentren oder Haus-

projekte sind Dreh- und Angelpunkte für die Verbreitung linker Propaganda. In Cottbus wird sogar das links-alternative Jugendzentrum „Glad-House“ jährlich von der Landesregierung in fünfstelliger Höhe und durch die Stadt mit sechsstelligen Beträgen finanziell gefördert.<sup>34</sup> Die Stadt Finsterwalde hat mit dem Infoladen „Black-Mask“ ihr eigenes linkes Epizentrum. Dieser dient neben der Propagandaverbreitung auch als Rückzugsort der „Antifacrew Finsterwalde“ und der „Proletarischen Autonomie Finsterwalde“. Beide Gruppen sind gut vernetzt mit Antifa-Gruppierungen in Leipzig und Magdeburg. Finsterwalde dient nicht selten als Ort zum Untertauchen für linke Straftäter aus anderen Städten und Bundesländern.<sup>35</sup>

Die Gefahr, die von Linksextremisten ausgeht, ist nicht nur anhand der eigentlich verübten Straftaten



**Nur 29 Verurteilungen  $\cong$  1,37% aller bekannten Delikte**



## Die linksextremistische Szene im Land Brandenburg ist in Potsdam am stärksten vertreten.

zu messen. Geringe Aufklärungsquoten sowie vergleichsweise milde Strafen wirken nicht gerade abschreckend. Zudem fallen die tatsächlich registrierten Delikte verhältnismäßig gering aus. Denn zum einen gibt es eine nicht bestimmbare Dunkelziffer an Fällen, die aus verschiedenen Gründen nicht der PMK-links zugerechnet werden. Zu diesen Fällen zählen Farbschmierereien, Beschädigungen von Autos oder andere Sachbeschädigungen. Darüber hinaus gibt es, anders als in der PMK-rechts, keine linken Propagandadelikte. Das Zeigen von Symbolen der Sowjetunion und hochrangiger kommunistischer Führer wie Stalin, Lenin und Mao Tse-tung ist straffrei.



Auf dem Gebiet des autonomen Zentrums „freiLand“ in Potsdam bereiten sich Linksextremisten auf Straßenkämpfe vor.

# Linke Hotspots in Brandenburg

**1** Randowtal OT Ziemkendorf „Uckermärker Landpartie“ – links-alternatives Haus

**2** Neuruppin „JWP–Mittendrin“ – alternatives Mietshaus

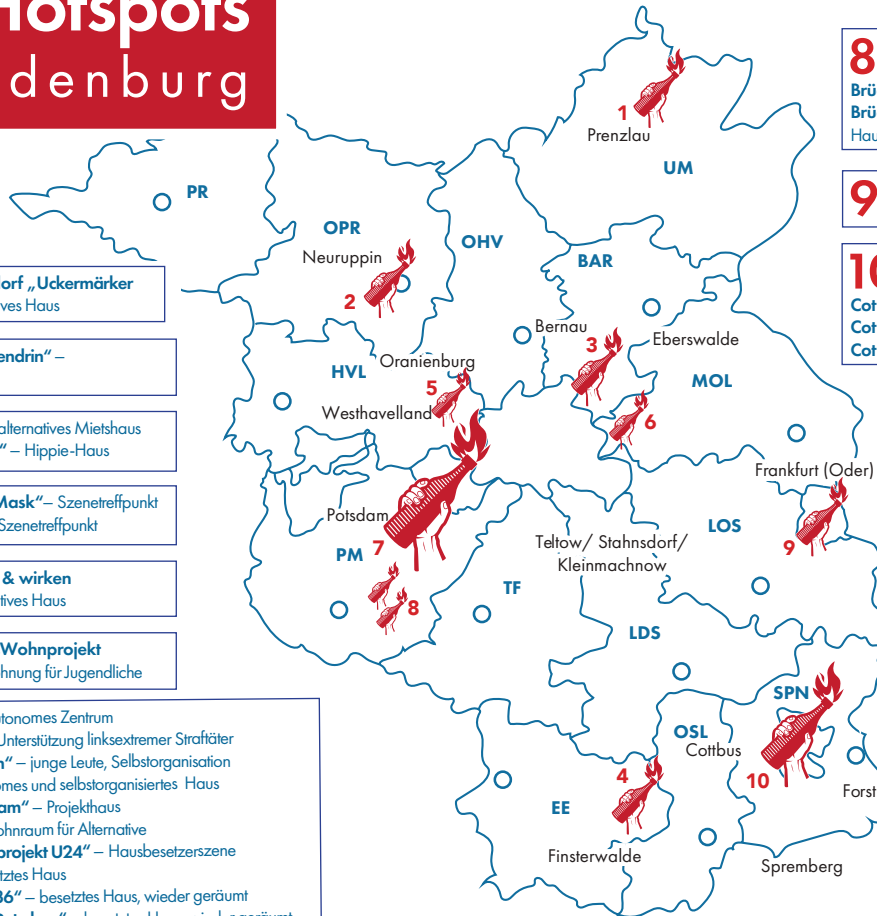
**3** Straußburg „doma“ – alternatives Mietshaus  
Straußburg „allerhand“ – Hippie-Haus

**4** Finsterwalde „Black–Mask“ – Szenetreffpunkt  
Finsterwalde „L'86“ – Szenetreffpunkt

**5** Wustermark „wurzeln & wirken Wohnprojekt“ – alternatives Haus

**6** Schöneiche bei Berlin „Wohnprojekt Schöneiche“ – Sozialwohnung für Jugendliche

**7** Potsdam „freiland“ – autonomes Zentrum  
Potsdam „Rote Hilfe“ – Unterstützung linksextremer Straftäter  
Potsdam „Eichelkämpf\_innen“ – junge Leute, Selbstorganisation  
Potsdam „Zeppi25“ – autonomes und selbstorganisiertes Haus  
Potsdam „Projekthaus Potsdam“ – Projekthaus  
Potsdam „Tuchmacher“ – Wohnraum für Alternative  
Potsdam „Wohn- und Kulturprojekt U24“ – Hausbesetzerszene  
Potsdam „la datscha“ – besetztes Haus  
Potsdam „Feuerbachstraße 36“ – besetztes Haus, wieder geräumt  
Potsdam „Charlottenstraße Potsdam“ – besetztes Haus, wieder geräumt  
Potsdam „Gubbi67“ – besetztes Haus



**8** Michendorf „Wohnmichel“ – Öko-Dorf  
Nuthental „miteinander wohnen“ – alternatives Haus  
Brück OT Trebitz „Vielseitenhof“ – alternatives Haus  
Brück OT Gömnik „Alte Mühle Gömnik“ – alternatives Haus

**9** Frankfurt (Oder) „Utopia e.V.“ – Verein zur Stärkung der lokalen Antifa–Szene

**10** Cottbus „Zelle79“ – autonomes und selbstorganisiertes Haus  
Cottbus „K29“ – Studentenwohnheim  
Cottbus „quasiMono“ – Szeneclub  
Cottbus „Glad-House“ – Szeneclub



WARUM SCHWEIGEN REGIERUNGS-  
VERTRETER UND BEHÖRDEN?

Aus dem Jahresbericht des brandenburgischen Verfassungsschutzes für 2019 geht hervor, dass das linksextremistische Personenpotential insbesondere durch den Mitgliederzuwachs bei der „Roten Hilfe“ (RH) zugenommen hat. Die „Rote Hilfe“, die bundesweit von den Verfassungsschutzbehörden beobachtet wird, hat in Brandenburg auch prominente Unterstützer auf politischer Ebene.<sup>36</sup> Mitglieder aus dem Bundestag oder dem Landtag, wie Norbert Müller (MdB, DIE LINKE)<sup>37</sup> oder Isabelle Vandre (MdL, ebenfalls DIE LINKE)<sup>38</sup> werben öffentlich mit ihrer Mitgliedschaft in der „Roten Hilfe“. Aber auch seitens Bündnis 90/Die Grünen sowie der Jugendparteiorganisation Jusos erhält die RH Rückendeckung.<sup>39</sup> Dieser politische Rückhalt für linke Straftäter ist ein klares Zeichen, linke Straftaten zu verharmlosen. Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass Straftaten durch Linksextremisten seitens der „Roten Hilfe“ mit politischem Aktivismus gleichgesetzt und die strafrechtliche Verfolgung als staatliche Repression gebrandmarkt wird. Unterstützung durch die „Rote Hilfe“ erhalten linke Straftäter übrigens nur, wenn sie nicht von ihren Taten abrücken, sich

also gewissermaßen dazu bekennen.<sup>40</sup> Auch erhält die linke Szene Unterstützung durch Gleichgesinnte in den Medien. So ist die *Märkische Allgemeine* eine nach außen hin scheinbar unabhängige Tageszeitung. Ihr Verlag steht aber im Eigentum der Mad-sack-Mediengruppe, in der die SPD die größten Beteiligungen besitzt.<sup>41</sup> Insoweit verwundert es auch nicht, dass in der Darstellung der Zeitung von Aktionen des linksextremen Bündnisses „Ende Gelände“ nur von friedlichen Teilnehmern berichtet wird, obwohl es regelmäßig bei solchen Veranstaltungen zu Gewalttaten kommt.<sup>42</sup>

Hinzu kommt, dass die SPD seit nunmehr 30 Jahren das Land Brandenburg regiert. Der Besitzerhaltungsanspruch ist unter den Genossen sehr groß. Deshalb werden wichtige Behördenposten häufig mit Gefolgsleuten besetzt, um für politische Vorhaben die notwendige Rückendeckung in Ministerien zu haben.

Außerdem wurde im Jahr 1998 auf Initiative der SPD das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ ins Leben gerufen. Diese Kampagne war als Mittel gegen den Rechtsextremismus gedacht,

dient aber mittlerweile dazu, sämtliche konservativen Meinungen von Oppositionellen zu unterdrücken. Die Koordinierungsstelle für die Umsetzung dieses Handlungskonzepts ist direkt in der Staatskanzlei eingerichtet. Von dort aus werden jährlich Millionenbeträge an so bezeichnete zivilgesellschaftliche Akteure verteilt, um Projekte gegen Rechts zu initiieren. Dabei geht es seit einigen Jahren auch schwerpunktmäßig darum, die Alternative für Deutschland in Misskredit zu bringen und ihre Arbeit zu torpedieren. Das ist staatlichen Stellen wegen des politischen Neutralitätsgebots natürlich versagt. Über den Umweg der Förderung von privaten Vereinen erreicht man aber dennoch das gewünschte Ziel.<sup>43</sup>

Im Übrigen wurde über das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ in dessen über zwanzigjähriger Geschichte nicht ein einziges Projekt gegen Links gefördert; dafür aber unzählige gegen Rechts. Dabei sind Straftaten im Phänomenbereich „Politisch

motivierter Kriminalität – rechts“, wenn man genau hinschaut, überwiegend sogenannte Propagandadelikte wie die Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole (§§ 86, 86a StGB) oder Volksverhetzung (§ 130 StGB). In den Jahren 2018 und 2019 machten diese etwa 80 Prozent der gesamten rechten Straf-

taten aus. Rechtsextreme Gewaltdelikte lagen unter fünf Prozent in der Gesamtstatistik.<sup>44</sup>

Unterstellt man einerseits rechten Weltanschauungen gegen jede Empirie pauschal eine Gewaltaffinität, hat man andererseits kein Problem mit der staatsfeindlichen „Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken“ zusammenzuarbeiten. Selbst die

vermeintlich konservative Partei CDU forderte in der Plenardebatte im Landtag Brandenburg am 24. September 2020 die Unterstützung weiterer linker Projekte sowie den Erhalt des sozialistisch auftretenden und staatsfeindlich orientierten Vereins „Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e.V.“.<sup>45</sup>

**Seit einigen Jahren geht es auch darum, die AfD in Misskredit zu bringen und ihre Arbeit zu torpedieren.**



Das „Charlotte28“ in Potsdam ist ein typisches Hausprojekt, das Linksextremisten als Rückzugsort und Organisationspunkt dient.

## **FILZOKRATIE VON STAAT UND STAATSFINDEN**

Das Handlungsnetzwerk „Tolerantes Brandenburg“ spielt sowohl für die linke bis linksextremistische Szene in Brandenburg als auch die Landesregierung und etablierten Parteien eine entscheidende Rolle. Gerade deshalb haben wir als AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg die genaue Untersuchung des Einflusses dieses Netzwerks und die bestehenden Schnittpunkte zwischen Staat und vermeintlich privaten Akteuren fokussiert. So ließen wir die Förderpraxis der Landesregierung durch ein Rechtsgutachten des Parlamentarischen Beratungsdienstes auf den Prüfstand stellen.

Von der Einholung rechtlicher Stellungnahmen durch unabhängige Stellen wurde schon in der vergangenen Legislaturperiode Gebrauch gemacht und insoweit auch festgestellt, dass das linke Fördernetzwerk der Landesregierung unter dem unverdächtig klingenden Namen „Tolerantes Brandenburg“ in Teilbereichen rechts- und verfassungswidrig agiert. Es ist zudem belegt, dass über dieses Netzwerk In-

formationen von teilweise linksextremistischen Akteuren in den politischen Inlandsgeheimdienst und zurückgeflossen sind. Die Landesregierung hat keine Fragen der AfD-Fraktion zu diesem Thema beantwortet. Die Begründung ist abenteuerlich: Sowohl die Leitung von „Tolerantes Brandenburg“ und die des Verfassungsschutzes seien „Organisationseinheiten der Landesregierung“ und diese interne Kommunikation gehe das Parlament nichts an. Transparente Demokratie sieht anders aus.

Mithilfe dieses Netzwerkes wird unter anderem Druck auf Vereine ausgeübt und ihnen finanzielle Mittel als Anreiz geboten, um diese auf eine bestimmte politische, linksgerichtete Linie zu bringen. Ein Beispiel wäre der DGB Ostbrandenburg, der für zwei „Demokratie-Touren“ unglaubliche 38.800 Euro erhielt.<sup>46</sup> Ob Dehoga<sup>47</sup>, Mieterbund<sup>48</sup>, Landesfeuerwehrverband<sup>49</sup>, Kirchengemeinden<sup>50</sup> oder Sportvereine: Alle erhalten Geld, wenn sie die politischen Vorgaben zur Migrationspolitik und zur Ausgrenzung von Andersdenkenden der Staatskanzlei teilen oder wenn sie zumindest brav schweigen. Gerade von den Mitgliedern in Feuerwehren und den Sportvereinen



## FÖRDERVOLUMEN 2019



hören wir als AfD-Fraktion von einer zunehmenden Ideologisierung ihrer Vereinsarbeit. Aber auch die etablierten Parteien selbst sind mit dem linken Netzwerk verbunden und nutzen die dadurch zur Verfügung stehenden Möglichkeiten. Ganz besonders unverschämt tritt hier der Landesverband der Regierungspartei SPD auf, der sich seine „Fußballsommer-tour“ von „Tolerantes Brandenburg“ finanzieren lässt. Die Grünen schalten hierbei wenigstens noch ihre parteinahe Heinrich-Böll-Stiftung dazwischen, die sich ebenfalls mehrfach bedient hat, unter anderem für ein eigenes Festival<sup>51</sup> mit einem „Zauberer gegen Nazis“.<sup>52</sup>

Über die Verknüpfung zu offen linksextremistischen Akteuren besteht kein Zweifel. Im Internet, in den sozialen Medien geben die verschiedenen Akteure ihre linksextremistische Ausrichtung preis. Auf Twitter zum Beispiel teilt das Aktionsbündnis Aufrufe von Antifa-Gruppen<sup>53</sup>, linksextremistische Mobilisierungsseiten<sup>54</sup>, Veranstaltungen in linksextremistischen Zent-

**Über die Verknüpfung zu offen linksextremistischen Akteuren besteht kein Zweifel.**

ren<sup>55</sup> oder anonym betriebene Outing-Seiten<sup>56</sup>, auf denen Andersdenkende als Ziel markiert und zum Abschluss freigegeben werden. Der Verein „Opferperspektive e.V.“ bringt auf seiner Internetseite wiederum unkommentiert Meldungen der linksextremistischen „Autonomen Antifa Teltow-Fläming“.<sup>57</sup> Auch gemeinsame Aufrufe<sup>58</sup> mit Linksextremisten wie der „North East Antifa Berlin“ finden sich in den sozialen Medien des Vereins. Dort teilt man auch schon mal Pressemitteilungen der „antifa dresden“, die selbst vom sonst so trägen Verfassungsschutz als linksextrem und gewaltbereit eingestuft wird.<sup>59</sup> Auch Videos von gemeinsamen Demonstrationen mit Linksextremisten sind offensichtlich kein Problem.<sup>60</sup>

Vor unseren zahlreichen Kleinen Anfragen zum Verein „Opferperspektive“ fand sich auf der Internetseite auch noch ein klares Bekenntnis zur Zusammenarbeit mit „Antifa-Gruppen“. Komischerweise ist dies nach unserer Recherchearbeit

verschwunden. Auch beim Projekt „TOOLBOX“ wird unter dem Punkt „Unterstützung & Förderung von Aktivitäten gegen Rechts“<sup>61</sup> auf das „Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin“ (apabiz) verwiesen. Ein Klick und man ist in der linksextremistischen Parallelgesellschaft gelandet und bekommt lokale und internationale Linksextremisten wie die „Antifa Wien“ vorgeschlagen.<sup>62</sup> November 2020 wurden die „NaturFreunde Land Brandenburg e.V.“ ins Aktionsbündnis aufgenommen.<sup>63</sup> Natürlich erfolgte im selben Jahr eine Begrüßungszahlung an das neue Bündnismitglied. Ganze 11.800 Euro erhielten die „NaturFreunde“, deren Berliner Ableger übrigens immer wieder durch offenen linksextremistische Ausfälle auf sich aufmerksam macht<sup>64</sup>, für das Projekt: „Stärkenberatung der NaturFreunde Brandenburg – Gemeinsam stark für Demokratie“.<sup>65</sup> Genauso funktioniert das Programm „Tolerantes Brandenburg“ und diese Beispiele erklären auch den ständig steigenden Finanzierungsbedarf.

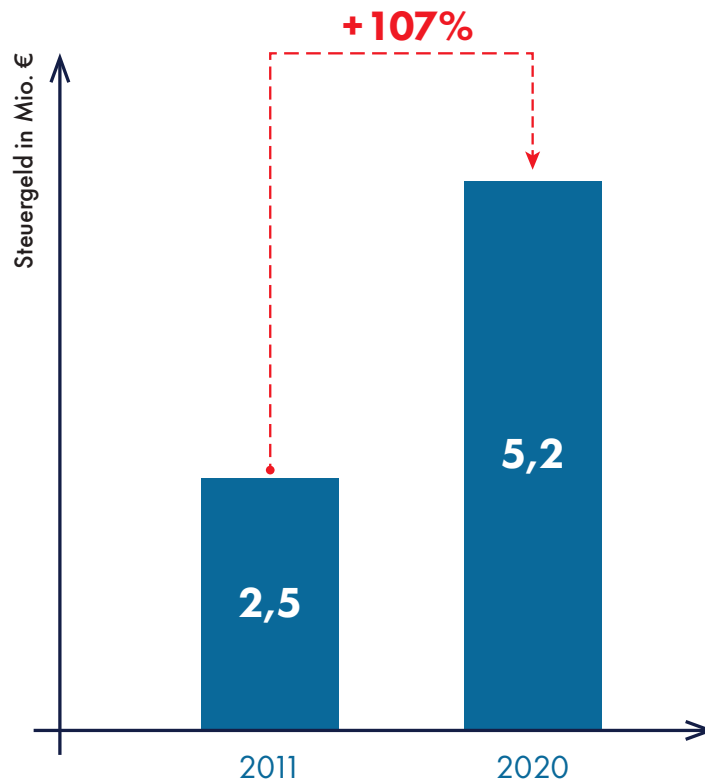
Die Staatskanzlei steuert mit „Tolerantes Brandenburg“ ein Netzwerk von Vereinen, die ohne öffent-

liche Förderung von Bund, Land, Kommunen und Landeszentrale für politische Bildung keinen Monat überleben würden. Diese greifen als „private Dritte“ alle Personen an, die politisch rechts der Mitte stehen. Diese Bürger, die sich nichts haben zu Schulden kommen lassen, werden ausgespitzelt, an den Pranger gestellt und denunziert. Offiziell hat die Landesregierung damit aber nichts zu tun, weil private Vereine dazwischengeschaltet und mit sehr vielen Personalstellen und Steuermillionen versorgt werden. So simuliert das Land Brandenburg das Neutralitätsgebot des Staates und errichtet damit eine steuermittelabhängige, linksextremistische Zivilgesellschaft. Als dieses Modell zunehmend aufflog, änderten die Regierungsparteien die Landesverfassung, damit ihr Vorgehen formal korrekt bleibt, solange es sich ganz grob „gegen Rechts“ richtet. Die Landesregierung nennt dieses Modell von struktureller politischer Kontrolle von Oppositionellen auch noch ein Vorbild für andere Bundesländer.<sup>66</sup>

## STAATLICH GEZÜCHTETE KRIMINALITÄT

Die finanziellen Mittel für linke Organisationen in Brandenburg haben sich allein seit dem Jahr 2011 verdoppelt. Insgesamt sind seitdem über 40 Millionen Euro Steuergeld – davon allein über 31 Millionen für das „Tolerante Brandenburg“ – in teils klar links-extremistische Strukturen geflossen, stets unter der offiziellen Parole der Stärkung der sogenannten Zivilgesellschaft und der Förderung von Demokratie und gesellschaftlicher Toleranz. Tatsächlich profitierten von den umfangreichen Mitteln verschiedene linke und linksextremistische Organisationen und Personennetzwerke. Die linksextremistische „Sozialistische Jugend Deutschlands – die Falken“ haben beispielsweise 1.226.927 Euro staatliche Mittel erhalten und ihr „Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e.V.“ satte 2.461.330 Euro. Diese staatlich alimentierten linken Netzwerke sind im vergangenen Jahrzehnt deutlich gewachsen.<sup>67</sup>

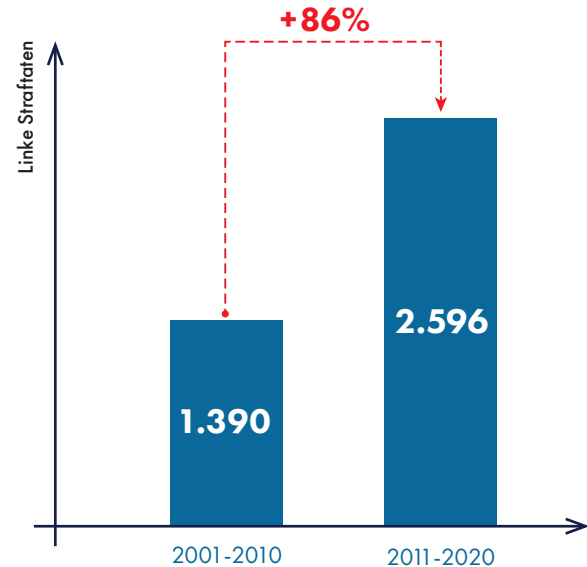
Das Ergebnis ist ein Anstieg linker Kriminalität um über 280 Prozent im genannten Zeitraum. Dabei wurden im Zeitraum von 2013 bis 2019 nur dürftige 13,7



Prozent aller bekannten linksextremistischen Gewalttäter verurteilt.<sup>68</sup> Ein gravierendes Armutszeugnis der Justiz. Über die Höhe der Dunkelziffer linker Kriminalität und vor allem linksextremistischer Gewalt kann man leider nur spekulieren. Ein besonders konspiratives Vorgehen der linksextremistischen Akteure, die nachgewiesene Verflechtung der etablierten Parteien mit linksextremistischen Strukturen und ein niedriger Fahndungsdruck aufgrund der politischen Ausrichtung der Regierenden und der Institutionen erschweren die Ermittlungen. Die Landesregierung weiß sich zumindest offiziell stets in Unkenntnis zu hüllen und gibt auf Nachfrage nur äußerst dürftige Informationen zu linksextremistischen Bezügen preis.

Über Verbindungen von Vereinen zur linksextremistischen Szene hat die Landesregierung nahezu nie Erkenntnisse, obgleich diese leicht dank öffentlicher Handlungen und Äußerungen der verschiedenen Akteure nachzuweisen sind. Der Verfassungsschutz bietet ebenfalls nicht die dringend notwendigen Informationen, obwohl dieser das Gefahrenpotenzial des Linksextremismus als besorgniserregend bewertet und vor allem auf die Gefahr linksextremistischer

Gewalt bis hin zu möglichem Terrorismus hinweist. Laut des Verfassungsschutzberichtes gibt es jedoch keine konkreten Angaben hinsichtlich der Quantität und der Qualität linksextremistischer Organisationen bzw. Szene-Treffpunkte in Brandenburg, da diese allgemein verdeckt agieren würden.





KAMPF DER AfD-FRAKTION IM  
LANDTAG BRANDENBURG GEGEN  
**LINKSEXTREMISMUS**

Die Arbeitsgruppe Linksextremismus der AfD-Fraktion (AG Lex) im Arbeitskreis für Inneres, Recht und Kommunales untersucht die Verbindungen von scheinbar seriösen linken Vereinen, Organisationen und Gruppierungen mit dem extremistischen Milieu. Linksextremismus ist ein ernsthaftes, in der medialen Öffentlichkeit im Verhältnis zu seiner Gefährlichkeit nur wenig beachtetes Problem. Unserer Fraktion ist das Thema nicht nur deshalb so besonders wichtig, weil unzählige Sympathisanten, Mitglieder und Mandatsträger unserer Partei, sondern auch andere Bürger bereits Opfer linksmotivierter Exzesse geworden sind. Ziel der Arbeit ist es daher einerseits, Linksextremismus in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken und andererseits, linksextremistischen Aktivitäten den finanziellen Nährboden zu entziehen.

Dabei geht es dem Arbeitskreis vor allem darum, aufzudecken, wohin Fördermittel der Landesre-

**„Viele linke Vereine existieren allein durch die staatliche Förderung, sind also „quasistaatlich“.**

gierung fließen. Linke Vereine bekommen zum Teil jährlich Millionenbeträge. Dieses Geld, bei dem es sich um Steuergelder handelt, fließt, wie bereits aufgezeigt, nicht selten weiter an Linksextremisten. Das geschieht in der Art und Weise, dass die üppigen finanziellen Zuwendungen dazu verwendet werden, um sogenannte Projekte durchzuführen, an denen dann weitere dubiose Vereine, Organisationen, Gruppen oder Einzelpersonen mitwirken. Über Dienstleistungs-, Werk- oder Arbeitsverträge werden sie in Lohn und Brot gesetzt. So wird das Geld mehr oder weniger unkontrolliert weiterverteilt. Dabei ist die Landesregierung im Regelfall nicht der einzige staatliche Geldgeber. Oft bekommen solche zwielichtigen linken Vereinigungen aus mehreren Töpfen Geld. Denn auch die Bundesregierung sowie zahlreiche Kommunen sind recht spendabel, wenn es darum geht, die vermeintlich richtige „Sache“, das heißt



Das „Zeppi25“ in Potsdam, ein einschlägig bekannter Dreh- und Angelpunkt der linksextremen Szene Brandenburgs.




den sogenannten „Kampf gegen Rechts“, zu unterstützen. Viele linke Vereine existieren allein durch die staatliche Förderung, sind also „quasi-staatlich“, weil sie von der Regierung und dem von ihr ausgeschütteten Geld zehren, ohne das sie nicht existieren könnten. Denn schließlich wären sie anders nicht in der Lage, Büros zu unterhalten und Mitarbeiter zu bezahlen.

So ist in den letzten Jahrzehnten ein Geflecht von extremistischen Nutznießern entstanden, das mithilfe staatlicher Unterstützung nicht nur den Staat, sondern insbesondere den politischen Gegner massiv bekämpft. Das Ganze geschieht in der Regel verschleiert unter dem Deckmantel der „Demokratieförderung“.<sup>69</sup> Tatsächlich wird aber damit nicht die Demokratie gefördert, sondern ihre Bekämpfung. Das mag absurd klingen, entspricht aber den Tatsachen. Aber der Zweck heiligt bekanntermaßen die Mittel. Und der Zweck ist, andere Meinungen, die nicht dem rot-dunkelrot-grünen Vorstellungsbild entsprechen, zu unterdrücken.

In Brandenburg ist die Lage besonders ernst. Schließlich regiert mittlerweile seit 30 Jahren die

SPD unser Land. Dabei hat sie in der Vergangenheit auch nicht davor zurückgeschreckt, mit der Nachfolgepartei der SED, DIE LINKE, gemeinsame Sache zu machen. Das haben vor allem Menschen mit konservativen Ansichten zu spüren bekommen. Über ihre „zivilgesellschaftlichen Akteure“, wie linke Vereinigungen, die beste Kontakte in die linksextremistische Szene pflegen, gerne von den linken Regierungsverantwortlichen bezeichnet werden, dringt die Regierung tief in das gesellschaftliche Leben der Menschen ein und will gerade in einen der bislang ungestörtesten Bereiche unserer Sozialsphäre, nämlich das Freizeit- und Vereinsleben, eingreifen. Beispielsweise werden über von ihr finanzierte „Demokratieberater“ unliebsame Personen in Vereinen, vorrangig in Sportvereinen, aufgespürt, um sie aus diesen auszuschließen.<sup>70</sup> Dabei genügt es schon, dass sich jemand politisch „falsch“ äußert.<sup>71</sup> Zum Teil werden auch „mobile Beratungsteams“ eingesetzt, um unbequeme Menschen aus dem Vereinsleben zu drängen. Dabei werden gezielt Personen angesetzt, um einem Verein ein politisches Gepräge nach den Vorstellungen der Landesregierung zu geben.<sup>72</sup>

Als AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg stehen uns verschiedene parlamentarische Möglichkeiten zur Verfügung, um Informationen zu bestimmten linken Akteuren von der Landesregierung zu erhalten. Hierbei ist das Instrument der Kleinen Anfrage besonders effektiv. Sie kann von einem oder mehreren Abgeordneten an die Regierung gerichtet werden und umfasst in der Regel mehrere Fragen zu einem kurz umrissenen Thema. In die Vorbemerkung zur Anfrage fließt die Recherchearbeit des Arbeitskreises ein. Die Landesregierung ist ihrerseits dazu verpflichtet, innerhalb von vier Wochen die Fragen zu beantworten. So kann man etwa erfahren, welcher Verein wann und zu welchem Zweck Geld bekommen hat. Dabei hat der einzelne Abgeordnete auch die Möglichkeit, die Landesregierung mit unbequemen Tatsachen zu konfrontieren und von ihr eine Stellungnahme in der Angelegenheit einzuholen. So gab es etwa eine Anfrage zur Grünen-Abgeordneten Ricarda Budke,



## **Auf unsere Anfrage hin wurde die Staatsanwaltschaft überhaupt erst tätig.**

die sich 2019 an einer Schienenblockade des links-extremistischen Bündnisses „Ende Gelände“ in der Lausitz beteiligt hatte. Auf diese Anfrage hin wurde die Staatsanwaltschaft überhaupt erst tätig.<sup>73</sup>

Dass einzelne Abgeordnete linker Parteien, auch im Landtag Brandenburg, unverfroren zu ihren Aktivitäten in der linksextremistischen Szene stehen, ist nicht neu. So wurde bereits mehrfach die Mitgliedschaft von Isabelle Vandre (DIE LINKE) in der linksextremistischen Straftäter-Unterstützergruppe „Rote Hilfe“ thematisiert. Statt aber ihre Mitgliedschaft wie alle anderen extremistischen Aktivitäten zu ächten, verteidigte die Landesregierung Vandres Mitgliedschaft im Extremistenverein sinngemäß mit der Begründung, dass nicht jeder, der Mitglied in einer verfassungsfeindlichen Organisation sei, auch selbst verfassungsfeindliche Ziele verfolge.<sup>74</sup>

Weitere Informationen können von Abgeordneten im Wege der Akteneinsicht eingeholt werden. Hier-



*Das Symbol der linksextremistischen Antifa – als AfD-Fraktion Brandenburg reichten wir einen Antrag zum Verbot dieses und anderer Antifa-Symbole ein (Drucksache 7/2853.)*



*Linksextremisten zielen stets auf das Verüben von Straftaten ab – gegen den Staat, den politischen Gegner sowie sonstige Andersdenkende. Allein deshalb sind sie fast immer verummt.*

bei kommt es nicht selten zu Verzögerungen der parlamentarischen Arbeit durch die Landesregierung, indem Akten zum Teil erst nach mehreren Monaten zur Verfügung gestellt werden – und diese sind dann nicht selten noch lückenhaft oder geschwärzt. Aber gerade das unterstreicht immer wieder, dass wir als einzige Oppositionsfraktion im Landtag Brandenburg wichtig sind, weil andernfalls nie offengelegt würde, wer die tatsächlichen Nutznießer im linken Fördersumpf sind. Denn eines ist sicher: Die etablierten Parteien haben kein Interesse, das Volk über ihre Förderpolitik für Linksextremisten aufzuklären. Besonders brisante Auskünfte, die der Landesregierung abgerungen werden können, verbreiten wir regelmäßig über Pressemitteilungen und die sozialen Medien.

Ein besonderes Beispiel der linken Förderpraxis ist die linksextremistische „Sozialistische Jugend Deutschlands – die Falken“, welche über den eigens gegründeten Verein „Jugendsbildungsstätte Kurt Löwenstein e.V.“ seit Jahren im großen Stil abkassiert. Der Verein hat zwar seinen Sitz in Berlin, betreibt aber in Werneuchen (Barnim) in einem herr-

schaftlich anmutenden Gebäudeensemble, das zu allem Überfluss auch noch kostenlos vom Berliner Senat zur Nutzung überlassen worden ist, eine sogenannte Jugendbildungsstätte. Das ist möglich, da das Land Berlin Eigentümer des Grundstücks ist. Die Kosten für die Er- und Unterhaltung der zahlreichen Gebäude im Ortsgebiet Werftpfuhl werden aber wiederum von der brandenburgischen Landesregierung mit Millionenbeträgen getragen. Zudem wird der Verein seit Jahren noch reichlich mit Bundesmitteln bedacht und hat auch noch Einnahmen aus der Beherbergung und Bewirtung seiner jungen Gäste, die dort entsprechend linksideologisch indoktriniert werden.

Darüber hinaus zahlt die brandenburgische Landesregierung aus Steuermitteln die Gehälter von zwei Mitarbeitern der „Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken“, die in der Landesgeschäftsstelle des Vereins auf dem Potsdamer „freiLand“-Gelände Inhalte für Kinder, Jugendliche und junge Erwachse-

ne ausarbeiten sollen. Herausgekommen sind dabei etwa Forderungen nach einer „herrschaftsfreien Gesellschaft“ und der Abschaffung von Kampagnen gegen Linksextremismus, von denen es – wen wundert’s – in Brandenburg ohnehin keine gibt.<sup>75</sup>

Das „freiLand“ ist außerdem schon seit Längerem als Anlaufpunkt für Linksextremisten bekannt. So fanden dort in der Vergangenheit Konzerte linksextremistischer Bands, politisch motivierte Kampfsporttrainings und Vorbereitungen für linke Krawalle statt. Besonders aktiv ist die linksextremistische Szene in Brandenburg neben Potsdam im Übrigen in Cottbus und Finsterwalde. Denn von Südbrandenburg aus ist es

nicht weit in die ostdeutsche Hochburg des Linksextremismus, nämlich nach Leipzig.<sup>76</sup>

Das alles wurde schon von unserer Fraktion im Plenum des Landtages öffentlich gemacht, jedoch lehnte man dort unseren Antrag, die Fördermittel für das „freiLand“ zu streichen, mit den Stimmen der Re-



## Die etablierten Parteien haben kein Interesse an Aufklärung.

gierungsparteien, also auch der CDU, ab.<sup>77</sup> Insgesamt kann die AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg in dieser Legislaturperiode nach nur etwas mehr als zwei Jahren auf über hundert parlamentarische Initiativen verweisen, die Linksextremismus zum Gegenstand hatten. Die Mehrzahl davon waren Kleine Anfragen einzelner Abgeordneter, die in der Arbeitsgruppe Lex des Arbeitskreises Inneres, Recht und Kommunales mitwirken. Allerdings steht die Aufklärungsarbeit über den Linksextremismus und seine Förderer im Fokus der Arbeit der gesamten AfD-Fraktion. Unsere Fraktion tauscht regelmäßig mit Abgeordneten anderer AfD-Fraktionen gewonnene Erkenntnisse zu linksextremistischen Umtrieben aus, um den Druck auf die Staatsfeinde und ihre staatlichen Financiers so hoch wie möglich zu halten. Das ist der große Vorteil, wenn innerhalb einer Partei alle an einem Strang ziehen.

Mit Blick auf die üppigen Fördertöpfe, aus denen der Linksextremismus genährt wird, bleibt für die AG Lex noch viel zu tun. Aber die Arbeit ist wichtig, da jeder Euro, der nicht in linksextremistisch verflochtene Seilschaften fließt, ein Euro ist, der an anderer Stelle sinnvoll eingesetzt werden kann.



*Ein linksextremistischer Mordaufruf, mitten in der Brandenburger Hauptstadt.*

## AUSWAHL UNSERER PARLAMENTARISCHEN INITIATIVEN

Thema	Drucksachen
Klimaextremismus – „Ende Gelände“, „Letzte Generation“	7/900, 7/1268, 7/1612, 7/2187, 7/2805, 7/4901, 7/5658, 7/5810, 7/5933
Brandenburgische Sportjugend im Landessportbund e.V.	7/451
Projekt „Energie für Vielfalt und Toleranz“	7/1463, 7/1710
Ricarda Budke (B90/Die Grünen) – „Ende Gelände“	7/1612, 7/2108
Isabelle Vandre (DIE LINKE) – „Rote Hilfe“	6/10640, 7/1760, 7/5064
Sozialistische Jugend Deutschland, „Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein“	7/1099, 7/1488, 7/1756, 7/1980, 7/2077
„FreiLand“ Potsdam	6/11296, 7/104
Weitere Linksextremistische Szene Potsdam	7/680, 7/687, 7/1963, 7/2489, 7/2754, 7/2837, 7/2914, 7/3087, 7/3105, 7/4176, 7/4177, 7/4274
„Tolerantes Brandenburg“	7/386, 7/450, 7/451, 7/671, 7/784, 7/805, 7/931, 7/1534, 7/3140, 7/3478, <b>7/3673 (Große Anfrage)</b> , 7/3859, 7/5456
Linksextreme Szene in Cottbus und Finsterwalde	7/688, 7/785, 7/1338, 7/1358, 7/1384, 7/1631, 7/2103, 7/3436
Politisch motivierte Kriminalität – links	7/141, 7/403, 7/935, 7/1433, 7/1457, 7/1527, 7/1723, 7/1727, 7/2101, 7/2455, 7/2942, 7/3578, 7/3999, 7/4615, 7/5183, 7/6075, 7/7030

Diese und über hundert weitere Drucksachen finden Sie auf der Homepage unserer Fraktion unter:  
<https://AfD-Fraktion-brandenburg.de/parlament/>

# ENDNOTEN

- 1 Vgl. Hollstein, Miriam: Linksextremismus ist ein aufgebauschtes Problem (30.06.2014), in: Welt [online], URL: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article129635099/Linksextremismus-ist-ein-aufgebauschtes-Problem.html>, Stand: Oktober 2021.
- 2 Vgl. Sächsische Staatskanzlei: Innen- und Justizminister stellen Maßnahmen gegen Linksextremismus in Leipzig vor (06.11.2019), in: Medienservice Sachsen [online], URL: <https://www.medienservice.sachsen.de/medien/news/231434/>, Stand: Oktober 2021.
- 3 Vgl. Naber, Ibrahim; Pfahler, Lennart: Linksextremisten und ihre Helfer in der Politik (02.03.2021), in: Welt [online], URL: <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus227274267/Leipzig-Hamburg-Berlin-Linksextremisten-und-ihre-Helfer-in-der-Politik.html>, Stand: Oktober 2021.
- 4 Vgl. Hofer, Sophia: Zehntausende Menschen protestieren deutschlandweit gegen Rassismus (06.06.2020), in: Zeit [online], URL: <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-06/demonstration-anti-rassismus-polizeigewalt-deutschland-protest-black-lives-matter>, Stand: Oktober 2021.
- 5 Vgl. Bewarder, Manuel; Naber, Ibrahim: Verfassungsschutz sieht „Gefahr eines neuen Linksterrorismus“ (20.06.2020), in: Welt [online], URL: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article209962317/Verfassungsschutz-Gefahr-eines-neuen-Linksterrorismus.html>, Stand: Oktober 2021.
- 6 Vgl. Ebd.
- 7 Vgl. Dpa: Angriffsoffer von Stuttgarter Demo in Lebensgefahr (19.05.2020), in: Frankfurter Allgemeine [online], URL: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/angriff-auf-corona-demo-teilnehmer-opfer-in-lebensgefahr-16778128.html>, Stand: Oktober 2021.
- 8 Vgl. Dpa: Esken zählt sich zur Antifa – Kritik an mangelnder Differenzierung (02.06.2020), in: Welt [online], URL: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article208750999/Disput-auf-Twitter-Esken-zaehlt-sich-zur-Antifa.html>, Stand: Oktober 2021.
- 9 Vgl. Twitterbeitrag von Keller, Ska (01.07.2014), in: Twitter [online], URL: <https://twitter.com/skakeller/status/483883550044073984>, Stand: Oktober 2021.
- 10 Vgl. Meisner, Matthias: Linken-Politikerin Renner provoziert mit Antifa-Button (27.09.2019), in: Der Tagesspiegel [online], URL: <https://www.tagesspiegel.de/politik/ordnungsruf-im-bundestag-linken-politikerin-renner-provoziert-mit-antifa-button/25063150.html>, Stand: Oktober 2021.
- 11 Vgl. Künast, Renate: Renate Künast (Die Grünen) zu Rechtsterrorismus und Hasskriminalität am 12.03.20, YouTube,



- 12.03.2020, Web, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=HRP9eDkTRVE>, Stand: Oktober 2021.
- 12 Vgl. Wehner, Markus: „Staatsknete und Informationen abgreifen“ (06.03.2020), in: Frankfurter Allgemeine [online], URL: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/debatte-um-linke-aussagen-staatsknete-und-informationen-abgreifen-16667639.html>, Stand: Oktober 2021.
- 13 Vgl. ebenda.
- 14 Vgl. Pfahl-Traughber, Armin: Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme, Wiesbaden 2014, S. 23f.
- 15 Vgl. Pfahl-Traughber, Armin: Linksextremismus in Deutschland, S. 24f.
- 16 Vgl. Ebd.
- 17 Vgl. Ebd., S. 69f.
- 18 Vgl. Ebd., S. 74f.
- 19 Vgl. Ebd., S. 80f.
- 20 Vgl. Ebd., S. 83f.
- 21 Vgl. Ebd., S. 164.
- 22 Vgl. Müller, Mario Alexander: Zeit der Militanz (2021), in: COMPACT Spezial Antifa – Die linke Macht im Untergrund, Sonderausgabe 29, S. 13 ff.
- 23 Vgl. Drucksache 7/3673, URL: <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/servlet.starweb?path=LBB/ELVIS/LISSHVP.web&search=V-335692>, Stand: Oktober 2021.
- 24 Vgl. Lehning, Torben: Linksextremer Verein oder Medium? (29.01.2020), in: Tagesschau [online], URL: <https://www.tagesschau.de/inland/indymedia-verbot-101.html>, Stand: Oktober 2021.
- 25 Vgl. APA: Schwere Ausschreitungen und Plünderungen in Chicago (11.08.2020), in: Der Standard [online], URL: <https://www.derstandard.de/story/2000119280819/pluenderungen-in-chicago-nach-polizeischiessen-auf-verdaechtigen>, Stand: Oktober 2021.
- 26 Vgl. Ministerium des Innern und für Kommunales Brandenburg: Handout Politisch motivierte Kriminalität im Land Brandenburg 2019, in: mik Brandenburg [online], URL: [https://mik.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Handout\\_zur\\_PM\\_PMK\\_2019.pdf](https://mik.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Handout_zur_PM_PMK_2019.pdf), Stand: Oktober 2021.
- 27 Vgl. Drucksache 7/2101, URL: <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/servlet.starweb?path=LBB/ELVIS/LISSHVP.web&search=V-329911>, Stand: Oktober 2021.
- 28 Vgl. Drucksache 7/2101, URL: <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/servlet.starweb?path=LBB/ELVIS/LISSHVP.web&search=V-329911>, Stand: Oktober 2021.
- 29 Vgl. Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg (MIK): Jahresbericht des brandenburgischen Verfassungsschutzes von 2019, Potsdam 2020, S. 137.
- 30 Vgl. Drucksache 6/11296, URL: <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/servlet.starweb?path=LBB/ELVIS/LISSHVP.web&search=V-11296>

- mentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/servlet.starweb?path=LBB/ELVIS/LISSHVP.web&search=V-318789, und 7/104 <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/servlet.starweb?path=LBB/ELVIS/LISSHVP.web&search=V-322522>, Stand: Oktober 2021.
- 31 Vgl. SJD – Die Falken Brandenburg: Wir über uns, in: Website der SJD Falken Brandenburg, URL: <https://www.falken-brandenburg.de/wir-ueber-uns.html>, Stand: Oktober 2021.
- 32 Vgl. Drucksache 7/895, URL: <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/servlet.starweb?path=LBB/ELVIS/LISSHVP.web&search=V-325132>, Stand: Oktober 2021.
- 33 Vgl. Drucksache 7/1963, URL: <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/servlet.starweb?path=LBB/ELVIS/LISSHVP.web&search=V-329265>, Stand: Oktober 2021.
- 34 Vgl. Drucksache 7/1338, URL: <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/servlet.starweb?path=LBB/ELVIS/LISSHVP.web&search=V-326480>, Stand: Oktober 2021.
- 35 Vgl. Drucksache 7/688, URL: <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/servlet.starweb?path=LBB/ELVIS/LISSHVP.web&search=V-324004> und 7/1358, <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/servlet.starweb?path=LBB/ELVIS/LISSHVP.web&search=V-326493>, Stand: Oktober 2021.
- 36 Vgl. Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg (MIK): Jahresbericht des brandenburgischen Verfassungsschutzes von 2019, Potsdam 2020, S. 149ff.
- 37 Vgl. Steckbrief des Bundestagsabgeordneten Norbert Müller, in: Website der Linksfraktion im Bundestag, URL: <https://www.linksfraktion.de/fraktion/abgeordnete/profil/norbert-mueller/>, Stand: Oktober 2021.
- 38 Vgl. Steckbrief der Landtagsabgeordneten Isabelle Vandré, in: Website der Linksfraktion im Landtag Brandenburg, URL: <https://www.linksfraktion-brandenburg.de/fraktion/abgeordnete/vandre/>, Stand: Oktober 2021.
- 39 Vgl. Rote Hilfe e.V.: Grüne Jugend: Aufruf zum Eintritt in die Rote Hilfe e.V., in: Website des Rote Hilfe e.V. [online], URL: <https://rote-hilfe.de/ueber-uns/satzung/77-news/930-ju-so-bundeskongress-solidaritaet-mit-der-roten-hilfe,%20https://www.welt.de/politik/deutschland/article185495028/Rote-Hilfe-Jusos-kaempfen-fuer-Zukunft-des-Verins.html%20und%20https://www.rote-hilfe.de/77-news/556-gruene-jugend-aufruf-zum-eintritt-in-die-rote-hilfe-e-v.>, Stand: Oktober 2021.
- 40 Vgl. Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg (MIK): Jahresbericht des brandenburgischen Verfassungsschutzes von 2019, Potsdam 2020, S. 149ff.
- 41 Vgl. Neuhof, Ansgar: Neues von der Medienmacht der SPD (20.02.2019), in: Die Achse des Guten [online], URL: [https://www.achgut.com/artikel/neues\\_von\\_der\\_medienmacht\\_der\\_](https://www.achgut.com/artikel/neues_von_der_medienmacht_der_)

- spd, Stand: Oktober 2021.
- 42 Vgl. RND/dpa: Kraftwerksstürmung nicht Ziel: „Ende Gelände“ widerspricht Leag (01.12.2019), in: Märkische Allgemeine [online], URL: <https://www.maz-online.de/Brandenburg/Kraftwerksstuermung-nicht-Ziel-Ende-Gelaende-wider-spricht-Leag>, Stand: Oktober 2021.
- 43 Vgl. Drucksache, 7/3673, URL: <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/servlet.starweb?path=LBB/ELVIS/LISSHVP.web&search=V-335692>, Stand: Oktober 2021.
- 44 Vgl. Ministerium des Innern und für Kommunales Brandenburg: Handout Politisch motivierte Kriminalität im Land Brandenburg 2019, in: mik Brandenburg [online], URL: [https://mik.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Handout\\_zur\\_PM\\_PMK\\_2019.pdf](https://mik.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Handout_zur_PM_PMK_2019.pdf), Stand: Oktober 2021
- 45 Vgl. Plenarprotokoll 7/21 vom 23.09.2020, S. 40-44, URL: <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/servlet.starweb?path=LBB/ELVIS/LISSHVP.web&search=V-330374>, Stand: Oktober 2021.
- 46 Vgl. Drucksache, 7/3673, URL: <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/servlet.starweb?path=LBB/ELVIS/LISSHVP.web&search=V-335692>, Stand: Oktober 2021.
- 47 Vgl. Ebenda.
- 48 Vgl. Ebenda.
- 49 Vgl. Ebenda.
- 50 Vgl. Ebenda.
- 51 Vgl. Ebenda.
- 52 Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung: [normal ist anders] Fotoinstallation und Kulturveranstaltungen in Neuruppin, in: politische-bildung-brandenburg [online], URL: <https://www.politische-bildung-brandenburg.de/veranstaltungen/normal-ist-anders>, Stand: Oktober 2021.
- 53 Twitterbeitrag der Antifa Oranienburg (09.05.2020), in: Twitter [online], URL: <https://twitter.com/161Oranienburg/status/1258983109397295111>, Stand: Oktober 2021.
- 54 Twitterbeitrag von Infortiot (05.01.2021), in: Twitter [online], URL: <https://twitter.com/infortiot/status/1346579964930514951>, Stand: Oktober 2021.
- 55 Twitterbeitrag vom Aktionsbündnis Brandenburg (30.06.2021), in: Twitter [online], URL: [https://twitter.com/ab\\_brandenburg/status/1410134780268756996](https://twitter.com/ab_brandenburg/status/1410134780268756996), Stand: Oktober 2021.
- 56 Twitterbeitrag von Exif-Recherche (12.07.2021), in: Twitter [online]; URL: <https://twitter.com/ExifRecherche/status/1414500427819794432>, Stand: Oktober 2021.
- 57 Suchergebnisse auf der Webseite des Opferperspektive e.V. zu „Autonome Antifa Teltow-Fläming“, URL: <https://www.opferperspektive.de/such-ergebnisse-chronologie?quelle=Autonome%20Antifa%20Teltow-Fläming>, Stand: Oktober 2021.

- 58 Twitterbeitrag des Opferperspektive e.V. (17.02.2021), in: Twitter [online], URL: [https://twitter.com/op\\_p/status/1362057546979278849](https://twitter.com/op_p/status/1362057546979278849), Stand: Oktober 2021.
- 59 Twitterbeitrag von Dresden Nazifrei (13.09.2020), in: Twitter [online], URL: [https://twitter.com/dd\\_nazifrei/status/1305106254382198785](https://twitter.com/dd_nazifrei/status/1305106254382198785), Stand: Oktober 2021.
- 60 Twitterbeitrag des Opferperspektive e.V. (22.08.2020), in: Twitter [online], URL: [https://twitter.com/op\\_p/status/1297154995603865601](https://twitter.com/op_p/status/1297154995603865601), Stand: Oktober 2021.
- 61 Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt: Was tun nach einem rechten Angriff ?, in: TOOLBOX-GEGEN-RECHTS [online], URL: <https://www.toolbox-gegen-rechts.de/>, Stand: Oktober 2021.
- 62 antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.V. (apabiz): Netzwerk, in: apabiz [online], URL: <https://www.apabiz.de/apabiz/netzwerk/>, Stand: Oktober 2021.
- 63 Twitterbeitrag vom Aktionsbündnis Brandenburg (16.11.2020), in: Twitter [online], URL: [https://twitter.com/ab\\_brandenburg/status/1328362784267132929](https://twitter.com/ab_brandenburg/status/1328362784267132929), Stand: Oktober 2021.
- 64 Naturfreunde Jugend Berlin: Pink Rabbit gegen Deutschland, in: naturfreundejugend-berlin [online], URL: <https://naturfreundejugend-berlin.de/kampagnen/pink-rabbit>, Stand: Oktober 2021. // Naturfreunde Jugend Berlin: Demob – Deutschland demobilisieren, in: naturfreundejugend–berlin [online], URL: <https://naturfreundejugend–berlin.de/kampagnen/demob-deutschland-demobilisieren>, Stand: Oktober 2021.
- 65 Vgl. Drucksache, 7/3673, URL: <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/servlet.starweb?path=LBB/ELVIS/LISSHVP.web&search=V-335692>, Stand: Oktober 2021.
- 66 Vgl. Ebenda.
- 67 Vgl. Drucksache 7/450, URL: <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/servlet.starweb?path=LBB/ELVIS/LISSHVP.web&search=V-323090>, Stand: Oktober 2021.
- 68 Vgl. Drucksache 7/2101, URL: <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/servlet.starweb?path=LBB/ELVIS/LISSHVP.web&search=V-329911>, Stand: Oktober 2021.
- 69 Vgl. Drucksache, 7/3673, URL: <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/servlet.starweb?path=LBB/ELVIS/LISSHVP.web&search=V-335692>, Stand: Oktober 2021.
- 70 Mehr dazu: <https://www.zusammenhalt-durch-teilhabe.de/144863/die-beratungsfaelle-der-demokratieberaterinnen-themen-durchfuehrung-und-ergebnisse>.
- 71 Vgl. Drucksachen 6/11465, URL: <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/servlet.starweb?path=LBB/ELVIS/LISSHVP.web&search=V-320588>,

und Drucksache 7/2509 <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/servlet.starweb?path=LBB/ELVIS/LISSHVP.web&search=V-331388>,  
Stand: Oktober 2021.

72 Vgl. Drucksache 6/11465, URL: <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/servlet.starweb?path=LBB/ELVIS/LISSHVP.web&search=V-320588>,  
Stand: Oktober 2021.

73 Vgl. Drucksachen 7/1612, URL: <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/servlet.starweb?path=LBB/ELVIS/LISSHVP.web&search=V-328003>,  
und Drucksache 7/2108, URL: <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/servlet.starweb?path=LBB/ELVIS/LISSHVP.web&search=V-330057>,  
Stand: Oktober 2021.

74 Vgl. Drucksachen 6/10640, URL: <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/servlet.starweb?path=LBB/ELVIS/LISSHVP.web&search=V-316658>,  
und Drucksache 7/1963, URL: <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/servlet.starweb?path=LBB/ELVIS/LISSHVP.web&search=V-329265>,  
Stand: Oktober 2021

75 Vgl. Drucksachen 7/1099, URL: <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/servlet.starweb?path=LBB/ELVIS/LISSHVP.web&search=V-325601>,

Drucksache 7/1488, URL: <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/servlet.starweb?path=LBB/ELVIS/LISSHVP.web&search=V-327222>,  
Drucksache 7/1965, URL: <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/servlet.starweb?path=LBB/ELVIS/LISSHVP.web&search=V-329255>,  
Drucksache 7/1980, URL: <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/servlet.starweb?path=LBB/ELVIS/LISSHVP.web&search=V-330374>,  
und  
Drucksache 7/2077, URL: <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/servlet.starweb?path=LBB/ELVIS/LISSHVP.web&search=V-329867>,  
Stand: Oktober 2021.

76 Vgl. Drucksache 7/688, URL: <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/servlet.starweb?path=LBB/ELVIS/LISSHVP.web&search=V-324004>,  
Drucksache 7/785, URL: <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/servlet.starweb?path=LBB/ELVIS/LISSHVP.web&search=V-324312>,  
Drucksache 7/1338, URL: <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/servlet.starweb?path=LBB/ELVIS/LISSHVP.web&search=V-326480>,  
Drucksache 7/1358, URL: <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/servlet.starweb?path=LBB/ELVIS/LISSHVP.web&search=V-326493>,

Drucksache 7/1384, URL: <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/servlet.starweb?path=LBB/ELVIS/LISSHVP.web&search=V-326873> und

Drucksache 7/2103, URL: <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/servlet.starweb?path=LBB/ELVIS/LISSHVP.web&search=V-329912>,

Stand: Oktober 2021.

- 77 Vgl. Drucksache 6/11296, URL: <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/servlet.starweb?path=LBB/ELVIS/LISSHVP.web&search=V-318789> und Drucksache 7/104, <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/servlet.starweb?path=LBB/ELVIS/LISSHVP.web&search=V-322522>, Stand: Oktober 2021.

## BILDNACHWEISE

Cover	Adobe Stock/ Bastian Ott
Seite 2	Archiv
Seite 4	Adobe Stock/ Bumble Dee
Seite 7	Adobe Stock/ Sebastian
Seite 8–14	Archiv
Seite 18	Adobe Stock/ Sven Grundmann
Seite 19	Archiv
Seite 26	Archiv
Seite 28	Archiv
Seite 31	Archiv
Seite 32	Adobe Stock/ Peter Kim
Seite 34	Archiv
Seite 35	Adobe Stock/ schaltwerk

# BLAUE RUNDE



Der Podcast der *AfD-Fraktion Brandenburg*

*Jetzt Reinhören und abonnieren:*



YouTube



Spotify  
Podcast



Apple  
Podcast



Google  
Podcast



deezer



 **AfD-FRAKTION BRANDENBURG**  
**WWW.AfD-FRAKTION-BRANDENBURG.DE**

**AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg**

Alter Markt 1 · 14467 Potsdam · 0331 966 1806 · [info@afd-fraktion.brandenburg.de](mailto:info@afd-fraktion.brandenburg.de)

Diese Publikation darf nicht für Partei- oder Wahlkampfzwecke verwendet werden.

Erscheinungsdatum: Zweite, aktualisierte Auflage Juni 2023